

PRESSEMITTEILUNG

12. Juli 2022

Kolumbien und Peru: Vom Staat in den Aufnahmeländern im Stich gelassen, sind venezolanische Frauen zunehmend geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt

Die Staaten Kolumbien und Peru sind weitgehend untätig, wenn es darum geht, das Recht auf ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung für aus Venezuela geflüchtete Frauen zu garantieren, zu schützen und zu respektieren, die in allen Lebensbereichen geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, so Amnesty International heute in ihrem neuen Bericht: Unprotected: Geschlechtsspezifische Gewalt gegen venezolanische geflüchtete Frauen in Kolumbien und Peru.

"Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sollte für alle Staaten des amerikanischen Kontinents Priorität haben, ebenso wie der Schutz derjenigen, die vor massiven Menschenrechtsverletzungen in ihren Herkunftsländern fliehen. Stattdessen sind venezolanische geflüchtete Frauen einem zweifach brutalen Mangel an Schutz ausgesetzt, wie unser Bericht über die Situation in Kolumbien und Peru zeigt", sagte Erika GuevaraRosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Mehr als sechs Millionen Menschen sind in den letzten Jahren wegen massiver Menschenrechtsverletzungen aus Venezuela geflohen. Kolumbien und Peru haben die meisten Venezolaner*innen aufgenommen und beherbergen zusammen mehr als 50 % aller Menschen, die aus Venezuela geflohen sind (1,84 Millionen bzw. 1,29 Millionen). Amnesty International ist der Ansicht, dass die Venezolaner*innen internationalen Schutzes bedürfen und das Recht haben, die Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus zu beantragen.

Dieser neue Bericht zeigt auf, wie aus Venezuela geflüchtete Frauen, die 50 % bzw. 58 % der venezolanischen Bevölkerung in Kolumbien und Peru ausmachen, aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Nationalität in allen Bereichen ihres Lebens Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt sind. Im öffentlichen Raum sind sie sowohl entlang der Migrationsrouten als auch an den Orten, an denen sie sich niederlassen, Angriffen ausgesetzt. In der Familie sind sie mit wirtschaftlicher, ehelicher, körperlicher und sexueller Gewalt konfrontiert, vor allem durch Partner oder ehemalige Partner. Und in der Arbeitswelt erleben sie verschiedene Formen von Gewalt und Ausbeutung der Arbeitskraft, einschließlich der Vereinnahmung für Arbeiten zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Angesichts dieser allgegenwärtigen Gewalt ist Amnesty International zu dem Schluss gekommen, dass die Staaten Kolumbien und Peru ihrer Verpflichtung, den geflüchteten Frauen aus Venezuela ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung zu garantieren und den Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt Zugang zur Justiz zu gewähren, offensichtlich nicht nachkommen.

"Viele venezolanische Frauen, die Opfer von männlicher Gewalt sind und deren Leben bedroht ist, ziehen es vor, sich nicht zu melden, weil sie befürchten, aufgrund ihres Aufenthaltsstatus aus dem Land ausgewiesen zu werden. Die Gewalt und die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, werden durch das Fehlen spezieller Schutzmaßnahmen für sie noch verschärft. Die Regulierung ihres Aufenthaltsstatus ist ein grundlegender Schritt, damit sie die Gewalt, die sie erleben, melden können", sagte Marina Navarro, Geschäftsführerin von Amnesty International Peru.

In der ersten Hälfte des Jahres 2022 wurden umfangreiche Recherchen durchgeführt, sowohl virtuell als auch vor Ort, darunter Besuche in Lima und Tumbes in Peru sowie Bogotá, Cúcuta und Soacha in Kolumbien. Für diesen Bericht befragte Amnesty International 63 venezolanische geflüchtete Frauen und führte 45 Recherche-Interviews mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter venezolanischen Frauenorganisationen, internationalen Organisationen wie dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) und UN Frauen sowie mit staatlichen Einrichtungen.

Offiziellen Zahlen zufolge ist die geschlechtsspezifische Gewalt gegen aus Venezuela geflüchtete Frauen in Kolumbien zwischen 2018 und 2020 um 71 % und in Peru zwischen 2019 und 2021 um 31 % gestiegen. Fremdenfeindlichkeit, der Migrationsstatus, Mythen über ausländische Staatsangehörige, die Sicherheitsprobleme verursachen, und Vorurteile in Bezug auf die wahrgenommene Sexualität von Frauen, gepaart mit gesellschaftlich vorgegebenen Geschlechterrollen, erhöhen die Risiken, denen venezolanische geflüchtete Frauen ausgesetzt sind.

Die Untersuchung zeigt, dass der Staat sowohl in Kolumbien als auch in Peru in mehreren Bereichen versagt hat. Erstens haben venezolanische Frauen keinen effektiven Zugang zu internationalem Schutz und Legalisierungsverfahren für ihre Migration, was ein wesentliches Hindernis für die Gewährleistung des Schutzes ihrer anderen Rechte darstellt.

Zweitens garantieren die Staaten Kolumbien und Peru nicht das Recht der venezolanischen Frauen auf diskriminierungsfreien Zugang zu Justiz und Gesundheitsdiensten. Neben vielen Unzulänglichkeiten bei den staatlichen Maßnahmen in beiden Ländern zeigt die Untersuchung, dass die Beamten, die für die Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt zuständig sind, nicht über die Rechte, Betreuungsmöglichkeiten und Schutzmaßnahmen informiert sind, die venezolanischen Frauen zustehen sollten, sowie über Stereotypen im Zusammenhang mit der Nationalität und dem Geschlecht dieser Frauen oder ihrer Geschlechtsidentität. Darüber hinaus werden die mangelnde Verfügbarkeit von und der fehlende Zugang zu Notunterkünften sowie das Fehlen angemessener statistischer Informationen aufgedeckt.

Amnesty International fordert die kolumbianischen und peruanischen Behörden auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass venezolanische Frauen ein Leben frei von Gewalt und ohne Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Nationalität, Aufenthaltsstatus oder aus anderen Gründen führen können. Insbesondere sollten die kolumbianische und die peruanische Regierung die Stigmatisierung und Diskriminierung venezolanischer Frauen bekämpfen, ihren Anspruch auf internationalen Schutz sicherstellen, einen effektiven Zugang zur Justiz gewährleisten, die Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt verbessern und eine umfassende Gesundheitsversorgung für Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben, sicherstellen.

Für mehr Informationen oder Interviewanfragen kontaktieren Sie bitte:

Duncan Tucker: +52 55 4848 8266, duncan.tucker@amnesty.org

Weiterlesen:

Unprotected: Gender-based violence against Venezuelan refugee women in Colombia and Peru (research, 12 July 2022)

<https://www.amnesty.org/es/documents/amr01/5675/2022/es/>

Between invisibility and discrimination: Venezuelan LGBTIQ+ refugees in Colombia and Peru (research, 20 June 2022) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/06/venezuelan-lgbtqi-refugees-colombia-peru/>

Peru is failing in its care of Venezuelan women who survive gender-based violence (research, 25 November 2021) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/11/peru-failing-care-venezuelan-women-survive-gender-based-violence/>

Peru: In search of safety: Peru turns its back on people fleeing Venezuela (research, 4 February 2020) <https://www.amnesty.org/en/documents/amr46/1675/2020/en/>

Hunger for justice: Crimes against humanity in Venezuela (research, 14 May 2019) <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/0222/2019/en/>